

# Institutionalisierung und Emanzipierung

zusammengestellt von den Herausgebern

Streben nach Gerechtigkeit | Der Weg zur internationalen Vertretung | Erwachen der „Roma-Bewegung“ – der erste Weltkongress der Roma (1971) | Der zweite Weltkongress der Roma (1978) | Anerkennung des Völkermordes und Institutionalisierung der Roma-Politik | Verlagerung in den Osten | Politische Mitbestimmung auf nationaler und regionaler Ebene | Herausforderung Zusammenarbeit | Zukünftige Aussichten

➤ Während des 20. Jahrhunderts blieben Emanzipationsbestrebungen von Roma weitgehend Einzelunternehmungen. In den 1950er und 60er Jahren entstand eine wachsende Zahl von Organisationen, die den Boden für die „Romani-Bewegung“ der 1970er Jahre ebneten. In diesem Jahrzehnt entwickelte sich eine Anzahl lokaler und nationaler Vereinigungen mit einer großen Bandbreite an Zielen, und es setzten ernsthafte Bestrebungen nach einer politischen Vertretung der Roma auf internationaler Ebene ein. Seit 1989 sind Roma in verschiedenen osteuropäischen Ländern zunehmend in örtlichen und nationalen politischen Körperschaften vertreten.

## GELEM, GELEM | ICH BIN GEGANGEN, GEGANGEN

Das Lied „Gelem, Gelem“ wurde beim ersten Weltkongress der Roma in London 1971 als offizielle Roma-Hymne vorgeschlagen. Es wurde rasch angenommen und ist heute wahrscheinlich das am häufigsten aufgenommene Roma-Lied überhaupt.

Ill. 1 (Der hier gezeigte Romani-Text wurde von Jarko Jovanović während des Kongresses 1971 zu einer traditionellen Melodie geschrieben.)

## GELEM, GELEM

*Gelem, gelem, lungone dromensa  
Maladilem baxtale Romensa  
A Romale katar tumen aven,  
E carensa baxtale dromensa?  
A Romale, a Čhavale  
Vi man sas ek bari familija,  
Murdadas la e kali legija  
Aven mansa sa lumnijake Roma,  
Kaj putajile e romane droma  
Ake vrijama, ušti Rom akana,  
Men khutasa mišto kaj kerasa!  
A Romale, a Čhavale*

## ICH BIN GEGANGEN, GEGANGEN

*Ich bin weite Wege gegangen,  
Und habe glückliche Roma getroffen  
Oh Roma, woher seid ihr gekommen,  
Mit Zelten auf glücklichen Wegen?  
Oh Roma, oh Kameraden  
Ich hatte einmal eine große Familie  
Die Schwarze Legion hat sie umgebracht  
Nun kommt, ihr Roma in der Welt  
Für die Roma sind die Wege geöffnet  
Jetzt ist die Zeit, jetzt erhebt euch Roma,  
Wir werden hoch aufsteigen, wenn wir handeln!  
Oh Roma, oh Kameraden*

## EINLEITUNG

Die ersten Emanzipationsbestrebungen von Roma entwickelten sich in osteuropäischen Ländern. Lazar Naftanaila war gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Erste, der mit seiner „Infratirea Neorustica“ (Gesellschaft der Neubäuerlichen Bruderschaft) die rumänischen Roma zu organisieren versuchte. In Bulgarien gibt es Aufzeichnungen von zwei Versammlungen aus dem Jahre 1905 und 1906, bei denen Roma-Führer Petitionen für das nationale Parlament entwarfen, in denen sie für ihre Leute

das Wahlrecht zurückforderten, welches ihnen zuvor entzogen worden war.

Von Polen und Rumänien ausgehend gab es bereits in den 1930er Jahren die ersten Versuche, die Interessensvertretungen eines Landes zusammenzuschließen und nationale Dachverbände zu bilden. Derartige Bemühungen scheiterten jedoch fast durchwegs an internen Rivalitäten und unvereinbaren Führungsansprüchen.

In Sowjetrußland wurde mit Hilfe des Staates im Jahre 1925 die „Allrussische Zigeuner-Union“ als Freiwilligengesellschaft gegründet,

angeführt von Andrej Taranov, einem Mitglied der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiken)“, der KPdSU-B, und Ivan Rom-Lebedev. Die Auflösung der Union im Jahr 1928 wirkte sich kaum auf die Vielzahl der kulturellen, sozialen, und pädagogischen Aktivitäten aus, die sich bis dahin entwickelt hatten und sich bis zum allgemeinen Wandel in der staatlichen Politik in den späten 1930er Jahren fortsetzten.

In den westeuropäischen Ländern gab es vor dem Zweiten Weltkrieg keine vergleichbaren Aktivitäten.

## EMANZIPATIONSBESTREBUNGEN VON ROMA IN KOMMUNISTISCHEN STAATEN

Obwohl Roma aus Osteuropa, hauptsächlich aus Jugoslawien, eine wichtige Rolle im Rahmen der internationalen Emanzipationsbewegung spielten, ging diese vor allem von Westeuropa aus. Dies lag in erster Linie an der Tatsache, dass die Gründung und Entwicklung von Roma-Organisationen in den kommunistischen Ländern ohne die Genehmigung und aktive Unterstützung durch Staat und Partei-strukturen überhaupt nicht möglich war.

Die „Vereinte allgemeine Kulturorganisation der Zigeunerminderheiten „Ekhipe““ („Ekhipe“: Romani für „Einheit“) in Bulgarien, geleitet von Schakir Paschov, einem bekannten Roma-Aktivisten und Langzeit-Funktionär der Kommunistischen Partei Bulgariens, wurde am 6. März 1945 ins Leben gerufen. „Ekhipe“ errichtete viele lokale Zweigstellen und gab die Zeitung „Romano Esi“ („Stimme der Roma“) heraus (später umbenannt in „Nevo Drom“, d.h. „Neuer

Weg“) und das „Zentrale Roma-Musiktheater“ entstand. Gegen Ende der 1940er gab es einen radikalen Wandel in der Politik, Schakir Paschov wurde daraufhin aus der Kommunistischen Partei Bulgariens ausgeschlossen und in das Konzentrationslager Belene geschickt. Die Roma-Presse und das Roma-Theater existierten nicht mehr, und die lokalen Zweigstellen der Roma-Organisation wurden Teil der „Vaterländischen Front“ (eine öffentliche Massenorganisation, beherrscht von der Kommunistischen Partei Bulgariens). Im Jahr 1957 wurde ein Versuch unternommen, die organisierte Roma-Bewegung wiederzubeleben; dieser fand jedoch ein rasches Ende und die Roma standen nun völlig unter dem Patronat der „Vaterländischen Front“, die auch die Zeitung „New Life Gypsy“ herausbrachte (bis 1988).

In Ungarn wurde 1957 der „Magyar Ciganyok Mívelödesi Szovetseg“ (Ungarischer Zigeuner-Kulturverband) gegründet, geleitet von Maria Laszlo. Sie versuchte, ihre Aktivitäten auszuweiten und den Verband in eine nationale Minderheitenorganisation umzuwandeln, welche jedoch nur zwei Jahre bestand. Der „Ciganyszövetség“

## STREBEN NACH GERECHTIGKEIT

Nach 1945, als sich viele Regierungen für die während der nationalsozialistischen Herrschaft begangenen Verbrechen weder verantwortlich noch für deren Folgen zuständig fühlten, verfügten die Roma über keinerlei Lobby. Für die neuerlich ausgegrenzten Roma ergriffen damals allenfalls einzelne Nicht-Roma-Organisationen Partei. Diesen Bemühungen um Gerechtigkeit und Gleichberechtigung blieben jedoch nachhaltige Erfolge versagt.

Vorenthaltene Grundrechte – in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) vor allem das Übergehen der Roma (hauptsächlich Sinti) im Rahmen der sogenannten „Wiedergutmachung“ – und die anhaltende Diskriminierung führten zur Gründung neuer Organisationen.

In der BRD wurden ab den 50er Jahren verschiedene Sinti-Vereine gegründet. Deren Hauptanliegen war es zunächst, den Überlebenden der NS-Verfolgung zu einer Entschädigung zu verhelfen und die Strafverfolgung ihrer ehemaligen Peiniger voranzutreiben. Später weiteten sie ihre Ziele aus und setzten sich zunehmend für die Bürgerrechte und die soziale Gleichstellung der Sinti ein.

Einen Meilenstein in der Geschichte der Emanzipationsbestrebungen stellte zweifellos die 1956 von Oskar und Vinzenz Rose erfolgte Gründung des „Verbands rassisch verfolgter Nicht-Juden“ dar. Aus ihm ging 1972 der „Ver-

band Deutscher Sinti“ hervor, dessen zahlreiche Orts- bzw. Landesverbände sich 1982 schließlich zum „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“ zusammenschlossen. Obwohl der Zentralrat in seiner Forderung, alle Roma (respektive Sinti) in Deutschland zu vertreten, nicht unangefochten blieb, nahm diese Organisation Widergutmachungsfragen und die offizielle Anerkennung von Sinti und Roma effektiv in Angriff und wurde zu einer der einflussreichsten Organisationen in Europa.

Die ungeklärte Staatsangehörigkeit und der unsichere Aufenthaltsstatus zugewanderter Roma führten 1968 zur Gründung der „Internationalen Zigeunerrechtskommission“ in Hamburg. Die geplante Schaffung einer einheitlichen deutschen Interessensvertretung scheiterte 1969 an unvereinbaren Führungsansprüchen der Roma-Delegierten und an Auffassungsunterschieden bezüglich der Kompetenzen eines überregionalen, den einzelnen Gruppierungen übergeordneten Gremiums.

## DER WEG ZUR INTERNATIONALEN VERTRETUNG

Wie in Deutschland gab es auch in Frankreich Kräfte, die sich bemühten, alle im Land lebenden Roma-Gruppen in einer einheitlichen Vertretung zu sammeln. Frankreich bildete zudem den Ausgangspunkt von Bestrebungen, den in Gang ge-

kommenen Prozess der Selbstorganisation zu internationalisieren.

1960 gründete Ionel Rotaru in Paris die „Communauté Mondiale Gitane“ (Zigeuner-Welt-Gesellschaft, CMG). Aus der CMG, die 1965 von der französischen Regierung aufgelöst wurde, ging das „Comité International Tsigane“ (CIT) hervor. Unter der Führung von Vanko Rouda versuchte das Komitee bestehende Barrieren zwischen den Roma zu überwinden, welche aus nationalen und religiösen Unterschieden sowie der unterschiedlichen Gruppenzugehörigkeit resultierten. Das CIT, das eng mit der im Jahr 1952 von Clement Le Cossec gegründeten „Evangelikalen Roma-Kirche“ zusammenarbeitete, knüpfte Kontakte zu ausländischen Organisationen, wie dem „Gypsy Council“ (Zigeuner-Rat) in Großbritannien (gegründet 1966) oder dem „Nordischen Roma-Rat“ in Schweden (1973).

Erklärtes Ziel des CIT war es, erzwungene Assimilationsprozesse zu stoppen sowie die rechtliche und soziale Situation der Roma weltweit zu verbessern. Dabei bediente man sich moderner Methoden: Öffentlichkeitsarbeit, Medienkampagnen, Demonstrationen und Lobbying sollten Regierungen und Öffentlichkeit zu einem Umdenken bewegen und den Roma zu mehr Gleichberechtigung verhelfen. Das CIT, 1971 zu „Komiteto Lumniako Romano“ (auf Französisch „Comité International Rom“, CIR) umbenannt, brachte auch eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift, „La Voix

(Zigeuner-Rat), geleitet von Menyhert Lakatos, wurde 1974 gegründet und 1985 vom „Országos Ciganytanács“ (Nationaler Zigeuner-Rat) unter der Leitung von József Daroczi abgelöst. Die neue Roma-Organisation war vor allem im Kulturbereich aktiv.

In der Tschechoslowakei bestanden Roma-Organisationen nur für kurze Zeit. Die von Anton Facuna geleitete „Zväz Ciganov-Romov“ (Union der Zigeuner-Roma) wurde 1968 in der Slowakei gegründet, und im folgenden Jahr gab es eine ähnliche Organisation, „Svaz Cikanu-Romu“, in der Tschechischen Sozialistischen Republik. Diese zwei Organisationen verschmolzen in der „Volkfront“ (eine öffentliche Massenorganisation, dominiert von der Kommunistischen Partei) zu einer einzigen. Die Roma-Organisationen schufen ein Netzwerk von lokalen Zweigstellen, ihre Aktivitäten richteten sich auf Verbesserungen in der Beschäftigungs- und Wohnsituation, im Bereich der Ausbildung von Roma-Kindern, im Bereich der Förderung der Roma-Kultur sowie auf Unterstützung bei der Lösung von Problemen der Roma-Frauen. Die Organisati-

onen bestanden jedoch nur wenige Jahre und wurden in den frühen 1970er Jahren aufgelöst.

In der Entwicklung der Roma-Bewegung stellt die Situation in Jugoslawien einen Sonderfall dar. Der 1969 gegründete „Verein Rom“ baute im ganzen Land Zweigstellen und andere Roma-Verbände auf. In den 1970er Jahren gab es über 60 Roma-Organisationen, und ihre Zahl nahm ständig zu. 1986 vereinigten sich die bestehenden Roma-Verbände zur „Union der Roma-Verbände Jugoslawiens“.

In den anderen osteuropäischen Staaten gab es praktisch keine organisierte Roma-Bewegung. In den 70er Jahren entstanden in Polen und Rumänien einige lokale Roma-Vereine, deren Aktivitäten auf den kulturellen Bereich beschränkt waren (Organisation von Schulen und Gruppen für Roma-Musik und -Tänze, Teilnahme an Festen und Festivals, etc.). In der Sowjetunion fanden ähnliche Aktivitäten in größerem Maßstab in den Dutzenden von Roma-Musik- und -Tanzensembles statt, und vereinzelte Beispiele gab es sogar in Albanien.

III. 2 (von Elena Marushiakova und Veselin Popov)

Mondiale Tsigane“, heraus. 1971 organisierte das CIR – zumindest offiziell – den ersten Weltkongress der Roma. Bis 1972 wurden 23 internationale Organisationen in 21 Ländern, einschließlich Kanada und Australien, vom CIR vernetzt.

### ERWACHEN DER „ROMA-BEWEGUNG“ – DER ERSTE WELTKONGRESS DER ROMA (1971)

Das Erwachen des später so genannten „Romani Movement“ leitete einen massiven Wandel im Verhalten der Roma-Gesellschaft gegenüber der politischen und sozialen Realität ein: Seit jeher war das Schicksal der Roma von „außen“, also von der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft bestimmt worden. Die Handlungsmuster der Roma entsprachen über Jahrhunderte hinweg dem einer sogenannten „Exit-Gesellschaft“, das heißt, es war geprägt von Konfliktvermeidung und Flucht vor ungünstigen Bedingungen.

Bis zum Anfang der 1970er Jahre hatte sich in Ost- und Westeuropa eine eigene, wenn auch noch kleine Roma-Elite gebildet, welche die Anliegen der Roma erstmals öffentlich formulierte und Widerstand gegen den ihnen zugewiesenen gesellschaftlichen und politischen Status leistete. [III. 2]

Das Streben nach Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Akzeptanz beruhte nicht zuletzt auf einem Wandel

im Umgang der Roma mit ihrer eigenen Identität. An die Stelle von Anpassung an die jeweilige Mehrheitsbevölkerung und von Selbstverleugnung setzten sie ein klares Bekenntnis zu ihren kulturellen Eigenheiten. Integration sollte nicht länger auf der Preisgabe von kultureller Identität beruhen. Die Roma forderten, von der Gesellschaft als Roma anerkannt und geachtet zu werden. Mit den politischen Forderungen ging auch der Versuch einher, die Geschichte und Kultur der Roma von innen her zu beschreiben und sie für Nicht-Roma zugänglich zu machen.

Den Durchbruch dieser neuen politischen Bewegung stellte die Gründung des Weltkongresses der Roma im Jahr 1971 dar. Seine erste Konferenz in London, an der Delegierte aus 14 Staaten teilnahmen, war Ausdruck des Strebens nach „internationaler Einheit“ im Kampf gegen gesellschaftliche Marginalisierung und für eine positive Zukunft.

Ausgehend von der Existenz einer so genannten „Roma-Nation“ schlug man das Lied „Gelem, Gelem“ als offizielle Hymne vor und entwarf eine gemeinsame Flagge. Das Motto „Opre Roma!“ (Roma, erhebt euch!) wurde zum Wahlspruch der sich formierenden Roma-Bewegung und ihres Kampfes um gesellschaftliche Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Mit der Wahl der Begriffe „Roma“ und „Romani“ als offizielle Bezeichnungen sollten alte Vorurteile überwunden und ein neues Selbstbewusstsein errungen werden. Nach der Wahl von Slobodan

Berberski zum Präsidenten, von Dr. Jan Čibula aus der Tschechoslowakei zum Vizepräsidenten und von Grattan Puxon, Leiter des britischen „Gypsy Council“, zum Generalsekretär, wurden fünf Kommissionen eingesetzt, die sich mit den an Roma verübten Kriegsverbrechen, mit der sozialen Situation, der Bildungssituation sowie mit der Sprache und Kultur der Roma befassen sollten. [III. 1, 4-5]

### DER ZWEITE WELTKONGRESS DER ROMA (1978)

Der Londoner Kongress bündelte und verstärkte weltweit Emanzipationsbestrebungen, die in der Bildung weiterer politisch tätiger Roma-Organisationen in und außerhalb Europas Ausdruck fanden. So waren am zweiten Weltkongress, der im April 1978 in Genf stattfand, bereits 50 Roma-Organisationen aus allen Teilen Europas, aus den USA, aus Indien und aus Pakistan vertreten. Ein für die Zukunft wesentlicher Schritt war bereits 1977 mit der Gründung der „Internationalen Romani Union“ (IRU) als Dachverband regionaler und nationaler Interessensvertretungen gemacht worden. Dieser Organisation gelang es in den folgenden Jahren und Jahrzehnten, Regierungen stärker mit den Angelegenheiten der Roma zu befassen und die Lobbyarbeit für die Roma mit bzw. innerhalb der internationalen Gemeinschaft voranzutreiben. 1979 wurde die IRU als nicht-staatliche Organisa-



III. 3

Schakir Paschov (Mitte) mit anderen Teilnehmern der Konferenz der „Gemeinsamen Zigeunerorganisation gegen Faschismus und Rassismus und für die Förderung der kulturellen Entwicklung der Zigeunerminderheit in Bulgarien“, 12. – 13. März 1949.

(aus den Archiven von Studii Romani, Sofia, Bulgarien)



III. 4

Teilnehmer des ersten Weltkongresses der Roma, abgehalten 1971 in London, singen die Hymne „Gelem, Gelem“ (mit dem Text von Jarko Jovanović, weißer Mantel). Jan Čibula (links außen) wurde später der erste Präsident der Internationalen Romani Union und Grattan Puxon (ganz rechts) spielte eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung des zweiten Kongresses. Walsall, 1971. Hinten (von li. nach re.) stehen Ladislav Demeter, Vanko Rouda und Juan de Dios Ramirez.

(aus Acton / Klimová 2001, S. 159)

tion in den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO aufgenommen.

Durch die Unterstützung Indiens erhielt die internationale Anerkennung der Roma-Bewegung wichtige Impulse. Indische Politiker bemühten sich um die Herstellung und Festigung der kulturellen Kontakte zwischen den Roma und ihrem Ursprungsland. Anlässlich eines 1975 in Chandigarh abgehaltenen internationalen Roma-Festivals empfing Indiens Premierministerin Indira Gandhi eine Roma-Delegation und sicherte den Roma Indiens Unterstützung vor den Vereinten Nationen zu.

#### ANERKENNUNG DES VÖLKERMORDES UND INSTITUTIONALISIERUNG DER ROMA-POLITIK

Der dritte Weltkongress der Roma tagte 1981 in Göttingen. Angesichts anhaltender Menschenrechtsverletzungen forderten 300 Delegierte aus 22 Ländern die Anwendung der Helsinki-Akte auf das „Volk der Roma und Sinti“. Einen anderen Schwerpunkt der unter der Schirmherrschaft der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ stehenden Beratungen bildete das Schicksal der Roma während der NS-Zeit. Die deutsche Bundesregierung wur-

de aufgerufen, den Völkermord an den Roma anzuerkennen und eine angemessene Lösung in der Wiedergutmachungsfrage zu finden. Die geforderte offizielle Anerkennung des Völkermordes konnte 1982 anlässlich des Empfangs von Vertretern des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma beim damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (und später auch bei Oppositionsführer Helmut Kohl) erreicht werden. Darüber hinaus wurden auch die Grundlagen für die Wiedergutmachung und für die Finanzierung der Sinti- und Roma-Vertretungen gelegt.

Neben diesem Erfolg, der sich positiv auf das Selbstbewusstsein der gesamten Bewegung auswirkte, wurden in der Periode zwischen dem dritten und vierten Kongress in mehreren Ländern weitere Fortschritte hinsichtlich einer Verbesserung der sozialen Situation der Roma und der Wahrung ihrer nationalen Rechte und Minderheitenrechte erzielt. Durch zahlreiche Treffen mit verschiedenen Körperschaften der UNO, der UNESCO, des Europarates und der Europäischen Union konnten Anliegen der Roma vor internationale Gremien gebracht und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die für die erfolgreiche Arbeit von Roma-Organisationen nötig waren. 1986 wurde die Internationale Romani Union Mitglied der UNICEF.

Die zum Europarat gehörende „Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas“ und der Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments befassten sich ebenfalls wiederholt mit der Lage der Roma. Nachdem die IRU bereits 1990 in die OSZE aufgenommen worden war, wurde 1994 in Warschau das „Ständige Kontaktbüro für Sinti und Roma“ innerhalb der Organisation eingerichtet.

Im Rahmen des fünften Weltkongresses der Roma in Prag wurden im Jahr 2000 Reformen innerhalb der Internationalen Romani Union durchgeführt und neue demokratische Strukturen geschaffen. Es folgte die Gründung eines Roma-Parlaments, das fortan die Richtung der internen und internationalen Politik der IRU bestimmen soll. Neben dem Parlament – dem beschließenden Organ der Union – wurde mit dem Präsidium auch ein neues Exekutivorgan eingerichtet. Der ehemalige Präsident der IRU, Dr. Emil Ščuka, wurde zum Präsidenten dieses 15 Mitglieder umfassenden Gremiums gewählt. Beim sechsten und bisher letzten Weltkongress der Roma in Lanciano (Italien) im Jahr 2004, wurde Stanislaw Stankiewicz zum Präsidenten gewählt. [III. 6-7]

Gerade die zunehmende Institutionalisierung ihrer Anliegen findet unter den Roma jedoch nicht ungeteilte Zustim-

## DIE FÜHRENDE ROLLE DER JUGOSLAWISCHEN ROMA IN DER INTERNATIONALEN SZENE

Die lebendige jugoslawische Roma-Bewegung rückte rasch in den Vordergrund der internationalen Szene. Die jugoslawische Delegation nahm aktiv am ersten Weltkongress der Roma in London 1971 teil. Repräsentanten aus acht Ländern – und Teilnehmer aus einigen weiteren – kamen zusammen, darunter zwei aus Osteuropa (Jugoslawien und Tschechoslowakei). Slobodan Berberski wurde zum Ehrenpräsidenten des Kongresses gewählt und die Internationale Romani Union (damals noch als RIC), deren erster Präsident Berberski werden sollte, wurde gegründet – wenn auch noch nicht formell. Den Aufzeichnungen des Kongresses zufolge war es eine der Hauptaufgaben der in der Entstehung begriffenen Organisation, das Beispiel Jugoslawiens als beispielhaft für die Einstellung eines Staates den Roma gegenüber zu propagieren. Sogar die beim Kongress angenommene Flagge der Roma existierte in zwei Versionen – in der „offiziellen“, eine blau-grüne Fahne mit dem alten indischen Chakra in der Mitte, die in der Öffentlichkeit bekannt ist, und in der Version für Osteuropa, die auch einen roten Stern trug.

Die offizielle jugoslawische Unterstützung für die internationale Roma-Bewegung war kontinuierlich und vielfältig. Im Jahr 1974 fand das „Erste Weltfestival der Zigeunkultur“ in Chandigarh, Indien,

statt und eine Roma-Delegation (hauptsächlich Repräsentanten aus Jugoslawien) wurden von der Premierministerin Indira Ghandi am Festival empfangen. Das Treffen wurde über Kanäle des jugoslawischen Außenministeriums durch die „Bewegung der Blockfreien Staaten“ eingefädelt (damals waren Jugoslawien und Indien führende Kräfte dieser heute 115 Mitglieder umfassenden Bewegung).

Während der ersten Entwicklungsstufen der internationalen Roma-Bewegung war die jugoslawische Politik ein wichtiger Faktor zu deren Unterstützung. Die jugoslawischen Delegationen der ersten drei Kongresse wurden vom Staat unterstützt und waren die größten, weshalb auch stets jugoslawische Roma in führenden Positionen der maßgeblichen Gremien der IRU (Internationale Romani Union) vertreten waren. Am zweiten Kongress in Genf 1978 wählte die IRU eine neue Führung – Dr. Jan Čibula (ein tschechoslowakischer Emigrant) wurde Präsident und Shaip Yusuf (Jugoslawien) Generalsekretär. Beim dritten Kongress der IRU 1981 wurde Sait Balic zum Präsident gewählt (er war damals Mitglied des Zentralkomitees der Union der Jugoslawischen Kommunisten) und Rajko Djuric (ebenfalls aus Jugoslawien) zum Generalsekretär. Der letzte Kongress mit jugoslawischem Einfluss auf die internationale Roma-Bewegung war der Vierte Kongress der IRU in Warschau 1990, als Rajko Djuric zum Präsidenten gewählt wurde.

III. 5 (von Elena Marushiakova und Vesselin Popov)

Die nachhaltigen Erfolge bezüglich Anerkennung der Roma als Minderheit standen bislang nicht nur Widerstände auf Seiten der jeweiligen Regierungen im Wege, sondern auch erhebliche Auffassungsunterschiede innerhalb der Roma-Gemeinschaft selbst. Nach wie vor ist der Minderheitenstatus der Roma Gegenstand heftiger interner Diskussionen. Während manche Organisationen die Anerkennung der Roma als „nicht-territoriale“ Nation oder „transnationale“ Minderheit auf europäischer Ebene fordern, erheben andere stattdessen Anspruch auf die Anerkennung als nationale oder ethnische Minderheit. Im Hinblick auf künftige Fortschritte scheint ein Status notwendig, der nationalstaatliche und grenzübergreifende Zugehörigkeit zusammenführt.

### VERLAGERUNG IN DEN OSTEN

Ab 1970 entstanden in Westeuropa zahlreiche unabhängige Organisationen, die von zahlenden Mitgliedern getragen und oft von nationalen Behörden finanziell unterstützt werden. Die Mehrzahl dieser Verbände konzentriert sich nach wie vor auf die Wahrung der Menschenrechte und befasst sich mit kulturellen und pädagogischen Anliegen. In Frankreich und Großbritan-

nien widmet man sich häufig den Problemen der „fahrenden“ Roma-Bevölkerung: der Feindseligkeit seitens der Mehrheitsbevölkerung, dem Fehlen von geeigneten Wohnwagenplätzen und Problemen im Bildungsbereich. Bis heute erzielten Organisationen in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, den skandinavischen und anderen Ländern einige Erfolge. So wurden beispielsweise autochthone Roma in Österreich (1993), in Finnland (1995), und auch in Deutschland als nationale Minderheit mit eigenen Rechten anerkannt. Politische Emanzipation gehört jedoch, hauptsächlich aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl von Roma in den meisten westeuropäischen Ländern, nicht zu den vordringlichsten Zielen.

Auf Initiative der „Roma und Cinti Union / Hamburg“ (gegründet 1980) wurden zunächst EUROM und kurz danach der „Roma National Congress“ (RNC), ein zweiter internationaler Dachverband neben der IRU, gegründet. Dieser setzte sich die Anerkennung der Roma als europäische Minderheit und die Verabschiedung einer „Roma-Charta“ durch internationale Organisationen, also die explizite Festschreibung der Rechte von Roma, zum Ziel.

In Zentral- und Osteuropa verzögerten sich, abgesehen von den oben zitierten (und in der Hauptsache verein-

zelten) Aktivitäten, die Emanzipationsbestrebungen der Roma um ungefähr 20 Jahre. Ausgelöst durch den politischen Wandel nach 1989, und forciert von den dringenden Bedürfnissen einer unter enormem wirtschaftlichem Druck stehenden Bevölkerung, wurden in allen osteuropäischen Ländern, in denen Roma eine zahlenmäßig starke Minderheit bilden, regionale und überregionale Vereinigungen gegründet. Die Anfänge dieses gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Erneuerungsprozesses erweisen sich jedoch als schwierig, da die kulturelle und soziale Heterogenität der Roma, die Kluft zwischen demokratischen Prinzipien und traditionellen Autoritäten und die Schere zwischen parteipolitischen und persönlichen Ambitionen zu heftigen Spannungen führten und führen. Zudem gab es teilweise erhebliche politische Widerstände gegen die Selbstorganisation der Roma.

In den 1990er Jahre kam es zu einem rasanten Aufschwung von NGOs, die in den Bereichen Menschenrechtskontrolle, Verbesserung der Wohnsituation, Rechtsberatung, pädagogische Förderung, Verbesserung der Gesundheitssituation, soziale Hilfe, Medienlobbying, Ausbildung von Mediatoren oder Presseberichterstattung tätig sind. Diese sarkastisch als „Zigeuner-Industrie“



III. 6

Emil Ščuka (links), der am vierten Weltkongress der Roma gewählte IRU-Generalsekretär und Präsident des fünften Weltkongresses der Roma, spricht mit Estref Abduramanoski, dem Präsident der australischen „Roma Union“. Prag, Juli 2000.

(aus Acton / Klimová 2001, S. 192)



III. 7

Lyobov Demetrova („Russische Roma Union“) singt zur Eröffnung des fünften Weltkongresses der Roma in Prag die Roma-Hymne.

(aus Acton / Klimová 2001, S. 171)

bezeichnete NGO-Bewegung wird von ausländischen, meist US-basierten Stiftungen finanziert und häufig von Nicht-Roma geführt, und erwies bzw. erweist sich noch heute in vielerlei Hinsicht als problematisch. Angemessenheit und Effizienz der vielen Bemühungen wurden wiederholt in Frage gestellt. So brachte beispielsweise das Engagement einflussreicher internationaler Organisationen, wie des „Open Society Institute“, und die Gründung von Rechtshilfeorganisationen, an vorderster Stelle das „European Roma Rights Center“ (ERRC) mit Sitz in Budapest, die Anliegen der osteuropäischen Roma einerseits von einer nationalen auf eine internationale Ebene; auf der anderen Seite ergaben sich dadurch praktisch keine Arbeitsmöglichkeiten für Roma – trotz der zahlreichen Trainee-Programme, die angeblich zu diesem Zweck durchgeführt wurden und werden.

#### POLITISCHE MITBESTIMMUNG AUF NATIONALER UND REGIONALER EBENE

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes erlaubte den Roma nicht nur, in ihren Ländern Lobbying zu betreiben und diese auf internationaler Ebene fortzusetzen, sondern es bot sich ihnen dadurch zum ersten Mal die Mög-

lichkeit der Mitbestimmung in der nationalen Politik: Roma ließen sich als Kandidaten sympathisierender Listen aufstellen oder gründeten eigene Parteien, welche wiederum Bündnisse mit größeren Parteien mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung schlossen. So gelang es einigen Kandidaten der Roma in Rumänien, in der Tschechischen Republik, der Slowakei und in Ungarn ins Parlament einzuziehen. 2004 wurden sowohl die ungarische Politikerin und Anthropologin Livia Járóka (von der konservativen Partei FIDESZ-MPSZ), als auch die Kommunikationsexpertin und Journalistin Viktória Mohácsi (von der liberalen SZDSZ) Mitglieder des Europäischen Parlaments. Erstes Mitglied des Europäischen Parlaments (MEP) mit Roma-Wurzeln war Juan de Dios Ramirez-Heredia, Gründer der spanischen „Unión Romani“ im Jahr 1986 und seither deren Präsident. Er hatte im Jahr 1999 für kurze Zeit einen Sitz im Europäischen Parlament inne.

In der Tschechoslowakei registrierten im März 1990 Vertreter der Roma-Intelligenz beim Innenministerium die „Roma Obcanska Iniciativa“ (Roma-Bürgerinitiative, ROI), eine Roma-Partei mit landesweiter Basis. Ihr Vorsitzender, Emil Ščuka, wurde später Präsident der Internationalen Romani Union. Im Juni 1990 kandidierte die ROI bei den Parlamentswahlen in Koalition mit dem „Bür-

gerforum“ und der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, jenen politischen Bewegungen, die eine entscheidende Rolle beim Sturz des kommunistischen Regimes gespielt hatten. Die ROI erhielt vier Sitze im Tschechischen Parlament und ein Mandat im Slowakischen Nationalrat.

Die ROI beschloss, als unabhängige Partei für die Parlamentswahlen 1992 zu kandidieren, erhielt jedoch nicht mehr als 0,53 Prozent der Stimmen. Die steigende Zahl von Konflikten zwischen den Roma und den Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung Mitte der 90er führte indirekt zur Gründung einer neuen politischen Roma-Gruppierung unter dem Namen „Roma Intelligenzija für die Koexistenz in der Slowakischen Republik“ (RIS). Seit 1998 wird von Roma-Politikern der Versuch unternommen, die Roma-Parteien in der Slowakei zu vereinen. Die Verhandlungen blieben bisher aber erfolglos.

Die Kommunalwahlen im Jahr 1998 brachten mehr Erfolg. Die Roma, die sich als unabhängige Kandidaten zur Wahl stellten, waren hauptsächlich auf Kandidatenlisten der ROI und der RIS vertreten, aber ebenso auf Listen anderer Parteien. 254 Roma kandidierten für Posten in der lokalen Verwaltung und sieben für Bürgermeisterstellen. Am Ende wurden insgesamt 56 Roma als Gemeinderäte gewählt und sechs Roma-Kandidaten

## UNGARN: LOKALE UND NATIONALE FÖRDERSTRUKTUREN

Im Jahr 1990 wurde das Nationale und Ethnische Minderheitenbüro (NEKH) als institutioneller Rahmen zur Entwicklung und Beobachtung der Minderheitenpolitik in Ungarn gegründet. Der Minderheitenakt von 1993 weitete die Minderheitenrechte aus und begründete Ungarns einzigartiges System der Minderheiten-Selbstverwaltung (MSG), welches es den Minderheiten erlaubt, eigene gewählte Organe zur Zusammenarbeit mit regionalen und nationalen Behörden zu bestimmen. Dieses MSG-System für die Roma und andere Minderheiten wurde im Jahr 1995 eingeführt. Jede der rund 1.000 kommunalen Roma-Selbstverwaltungen erhält finanzielle Unterstützung vom Staat. Die Kommunen sind verpflichtet, die örtliche Infrastruktur für die Roma-Organisationen bereitzustellen. In dieser Hinsicht erklären die Kommunen jedoch häufig, nur „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ handeln zu können. Ein weiteres großes Problem des MSG-Systems war der Umstand, dass bis vor kurzem jeder die Repräsentanten für die Minderheitenverwaltungen wählen konnte. Schätzungen besagen daher, dass weniger als zehn Prozent jener, die an den Wahlen zu den Roma-

Verwaltungen teilnahmen, selbst Roma waren. Nach einer Gesetzesnovelle vom Juni 2005 müssen die Wähler nun, um ihre Stimme abgeben zu dürfen, bei Roma-Organisationen als Roma eingetragen sein. Allerdings ist schätzungsweise nur ein Drittel der Roma bereit, sich offen als solche zu deklarieren und, wie viele Organisationen meinen, nur ein Teil von diesen auch bereit, sich für die Wahlen einzutragen.

2002 richtete die Regierung ein neues, dem Premierminister unterstelltes Roma-Büro ein, das die Aufgabe hatte, die Roma-Politik in der Regierung zu koordinieren. Auf diese Weise können Roma-Themen auf höchster politischer Ebene behandelt werden. Viele Aufgaben des NEKH im Bezug auf die soziale Integration der Roma und die Koordination spezifischer Maßnahmen gingen an das neue Roma-Büro über; für Roma-Kultur und Minderheitenrechte ist weiterhin das NEKH zuständig. Zusätzlich wurde ein parlamentarischer Kommissar für ethnische und nationale Minderheiten („Minderheiten-Ombudsmann“) eingesetzt. Diese Institution beobachtet die Umsetzung von Minderheitenrechten, prüft Beschwerden und verfolgt die Wiedergutmachung von Verletzungen der Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten.

III. 8

als Bürgermeister. Für die Nationalratswahlen im Jahr 2002 konnten sich die Roma-Politiker auf keine gemeinsame Strategie einigen, was dazu führte, dass die Roma, wie bei allen Wahlen nach 1990, keine Sitze im Parlament erhielten.

### HERAUSFORDERUNG ZUSAMMENARBEIT

Der politische Einfluss der Roma ist, gemessen an ihrem hohen prozentuellen Anteil an der Bevölkerung einiger zentral- und osteuropäischer Staaten, nach wie vor vergleichsweise gering. Dieser Umstand ist nicht nur auf Ignoranz und fehlende finanzielle Unterstützung von Seiten der Nicht-Roma zurückzuführen, sondern auch auf die Heterogenität der Roma-Bevölkerung in ganz Europa.

Viele Gruppierungen unterscheiden sich zum Teil beträchtlich voneinander, was die Lebensweise, die Sprache (manche sprechen Romani, andere wieder nicht; jene, die es sprechen, verwenden unterschiedliche Dialekte, etc.) und den Grad der Marginalisierung, Assimilation und Integration betrifft. Diese Faktoren beeinflussen wiederum die „Romanipen“ (das „Roma-Sein“) – die Einhaltung und Pflege der traditionellen Kultur der Roma und somit das Selbstwertgefühl innerhalb der Roma-Gesellschaft. Mitglieder von

„traditionellen“, „echten“ Roma-Gruppen kooperieren oft nicht mit Mitgliedern von „assimilierten“ Gruppen, die in der internen Hierarchie als minderwertig angesehen werden.

Weitere Spannungen innerhalb der „Roma-Bewegung“ resultieren aus der Heterogenität ihrer Führungsgruppe. Diese besteht einerseits aus Persönlichkeiten, die innerhalb ihrer Gruppe große Autorität besitzen, aber teilweise auf Grund ihrer geringen formalen Bildung auf den Umgang mit modernen Verwaltungsstrukturen nicht sehr gut vorbereitet sind. Andererseits gibt es in letzter Zeit eine wachsende Zahl meist jüngerer, gut ausgebildeter Leute, die politische Verantwortung übernehmen. Der Gegensatz zwischen traditionellen und modernen demokratischen Führungsstrukturen bewirkte in den letzten Jahren eine starke Zunahme von Roma-Organisationen und löste einen Wettbewerb um Vertretungsansprüche aus.

Trotz der Differenzen zwischen einzelnen Verbänden gelang es Allianzen zu schließen und zumindest teilweise ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Die Überwindung der internen Konflikte schien schon deshalb geboten, weil sich die Forderungen der einzelnen Organisationen in den ost- und südosteuropäischen Ländern meist kaum voneinander unterscheiden: die Anerkennung der Roma als

ethnische und nationale Minderheit, finanzielle Förderungen selbstverwalteter Kulturzentren, eine mediale Versorgung und entsprechende Vertretungen in politischen Gremien.

In Westeuropa werden sogenannte „autochthone“ (alteingesessene) und „allochthone“ (neu zugewanderte) Roma auf Grund ihres unterschiedlichen rechtlichen Status häufig politisch gegeneinander ausgespielt. In Österreich beispielsweise sind jene Roma, die seit einem Jahrhundert oder länger im Land leben, als Minderheit anerkannt, die allochthonen Roma hingegen haben keinen Minderheitenstatus, unabhängig davon, ob sie die Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht. Sie genießen daher auch keinerlei sich aus dem Volksgruppenstatus ergebende Rechte und Förderungen. Infolgedessen richten die meisten Roma-Organisationen in Österreich – wie in vielen anderen Staaten – ihr Hauptaugenmerk auf Angelegenheiten, die ihre eigene Gruppe betreffen. Die Zusammenarbeit mit anderen beschränkt sich, wenn sie überhaupt erfolgt, auf sehr wenige Bereiche. Es gibt allerdings Ausnahmen – wenn auch nicht viele – wie beispielsweise den „Roma National Congress“ in Hamburg (RNC) oder das „Romano Centro“ in Wien, die auch für neu zugewanderte Roma rechtliche, soziale und pädagogische Unterstützung anbieten.

## KEIN GRUND ZUR BEVORMUNDUNG

Die Gründung der „Euro-Roma“ Organisation in Bulgarien stellt ein außergewöhnliches Ereignis in der Entwicklung der Emanzipationsbestrebungen der Roma dar. Im Jahr 1998 versammelten sich 3.386 Delegierte von 205 kommunalen Roma-Organisationen in Sofia mit dem Ziel, die Roma-Gemeinschaft zu konsolidieren, unabhängig davon, zu welcher Gruppierung sie gehören. Ausschließlich von Roma – hauptsächlich Kalderaš – gegründet, nahm „Euro-Roma“ sich vor zu beweisen, dass Roma keinerlei finanzielle Unterstützung

vom Staat oder von (inter)nationalen NGOs benötigen. Die Initiative führte zu einem großen Erfolg für verschiedene lokale Roma-Parteien bei den Kommunalwahlen 1999. Obwohl sich der Druck der etablierten Parteien in den Folgejahren weiter erhöhte – und Roma-Führer ins Gefängnis oder ins Exil brachte – erwiesen sich die Kommunalwahlen 2003 sogar als ein noch größerer Erfolg, und 164 Roma wurden in verschiedene Gemeinderäte gewählt. Daneben gibt es eine beträchtliche Anzahl von Roma, die zu Bürgermeistern von Städten, in denen überwiegend Roma leben, gewählt wurden.

III. 9 (von Elena Marushiakova und Vesselin Popov)

## ZUKÜNFTIGE AUSSICHTEN

Durch die Bildung von Roma-Organisationen und weltweites Lobbying, durch die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und die Institutionalisierung ihrer Anliegen sind die Roma heute in der Lage, politische Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene zu beeinflussen.

In den vergangenen Jahren beschäftigten sich verschiedene Abteilungen des Europarates und der Europäischen Union mit den Problemen der Roma. Ihre zahlreichen Empfehlungen wurden jedoch nur zu einem geringen Teil in die Tat umgesetzt. Aus heutiger Sicht lassen sich allerdings zwei neuere Entwicklungen erkennen, die sich, wenn man von ihrem Anspruch und ihren ersten Ergebnissen ausgeht, in Zukunft als bedeutende Schritte im Emanzipationsprozess der Roma erweisen dürften.

Im Jahre 2004 wurde das „European Roma and Travellers Forum“ (ERTF) in Straßburg gegründet. Als eine pan-europäische Vereinigung zielt das Forum auf eine Vernetzung von internationalen und nationalen Roma-Organisationen und die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Europarat, der OSZE und anderen internationalen Einrichtungen und Organisationen. Beim ersten Treffen des ERTF im Dezember 2005 wählte man Rudko Kawczynski, den Vorsitzenden des „Roma National Congress“, zum Präsidenten. Das Forum registrierte seine nationalen Gruppen, die wiederum verantwortlich für die Registrierung von unterschiedlichen Organisationen sind, die an der Versammlung des Forums in Straßburg teilnehmen und auch stimmberechtigt sind. Im Jahr 2005, anschließend an eine Konferenz in Ungarn 2003, erklärte eine Initiative – bestehend aus neun osteuro-

päischen Regierungen (Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Ungarn, „die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“, Serbien, Rumänien, die Slowakische Republik und Montenegro) zusammen mit internationalen Institutionen (unter anderem der Europäische Kommission, dem Europarat, der Weltbank), internationalen NGOs (wie dem Open Society Institute) und internationalen Roma-Organisationen – die Jahre bis 2015 zur „Decade of Roma Inclusion“ (Dekade zur Miteinbeziehung der Roma). Eine Bewertung der Ergebnisse dieser Initiative wird erst in den kommenden Jahren möglich sein. Zur Zeit stellt alleine die Tatsache, dass die Dekade der Roma verschiedene osteuropäische Staaten auf Regierungsebene sowie Roma-Organisationen involviert, schon ein außergewöhnliches Ereignis in der Geschichte der Selbstorganisation und Emanzipation der Roma dar.

## Bibliografie

**Acton, Thomas / Klímová, Ilona (2001)** *The International Romani Union. An East European answer to West European questions? Shifts in the focus of World Romani Congresses 1971-2000.* In: Guy, Will (ed.) *Between past and future. The Roma of Central and Eastern Europe.* Hatfield: University of Hertfordshire Press, pp. 157-226 | **Hancock, Ian (2002)** *We are the Romani people. Ame sam e Rromane džene.* Hatfield: University of Hertfordshire Press | **Marushiakova, Elena / Popov, Vesselin (2005)** *The Roma - a Nation without a State? Historical Background and Contemporary Tendencies.* In: Burszta, Wojciech et al. (eds.) *Nationalismus Across the Globe.* Poznan: School of Humanities and Journalism, pp. 433-455 | **Matras Yaron (1998)** *The development of the Romani civil rights movement in Germany 1945-1996.* In: Tebbutt, Susan (ed.) *Sinti and Roma in German-speaking society and literature.* Oxford / Providence: Berghahn, pp. 49-63

Übersetzt mithilfe einer Förderung des **bm:uk** Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur | Gefördert aus Mitteln der Volksgruppenförderung



© Council of Europe. Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Datenblätter darf ohne schriftliche Genehmigung der Publishing Division, Directorate of Communication des Europarats (F-67075, Strasbourg cedex oder publishing@coe.int) in irgendeiner Form übersetzt und verbreitet werden oder unter Verwendung elektronischer Systeme – CD-Rom, Internet, Datensicherungs- und Datenabfragesystemen, etc. – und mechanischer Systeme – Fotokopien, Aufnahmen, etc. – reproduziert und verbreitet werden. <http://www.coe.int>



PROJECT EDUCATION OF  
ROMA CHILDREN IN EUROPE  
<http://www.coe.int/education/roma>

[romani] PROJEKT <http://romani.uni-graz.at/romani>